

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Ministerium der Finanzen
des Landes Sachsen-Anhalt
Herrn Staatssekretär Richter
Editharing 40

39108 Magdeburg

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.kommunales-sachsen-anhalt.de

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Herr Langhoff
Durchwahl: 0391 5924-370

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen
20-31-37, jl-ck

Datum
08.03.2018

Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gemeindefinanzreformgesetzes ***Ihr Schreiben vom 26.02.2018***

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Richter,

durch den Verordnungsentwurf erfolgt bisher lediglich eine Anpassung der Schlüssel zur Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommens- und Umsatzsteuer für die Gemeinden Sachsen-Anhalts aufgrund der vorgeschalteten bundesrechtlichen Anpassungen bei der Einkommensteuerschlüsselzahlenermittlungsverordnung (EStSchlEV) und der Umsatzsteuerschlüsselzahlenfestsetzungsverordnung (UStSchlFestV).

Die Änderungen der Schlüssel in den Anlagen 1 und 2 zur Verordnung zur Durchführung des Gemeindefinanzreformgesetzes treffen bei uns grundsätzlich auf Zustimmung.

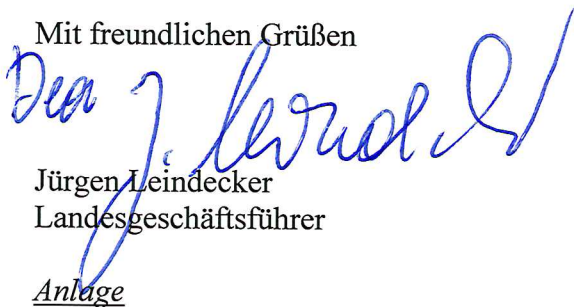
Wir bitten Sie jedoch im Rahmen des aktuellen Verordnungsentwurfs um eine Prüfung, inwieweit § 4 Abs. 3 dahingehend geändert werden kann, dass die Höhe der an die Gemeinden bis zum 10. Dezember zu leistenden Abschlagszahlung wieder auf die bis einschließlich 2009 zur Anwendung gekommene Höhe von 110 v. H. zurückzuführen ist.

Hintergrund sind die seit 2010 laut der vorläufigen Schlussabrechnungen kontinuierlich festzustellenden Unterzahlungen der Vorauszahlungen gegenüber der Endabrechnung. Wir haben dies für die Jahre 2010 bis 2017 anhand der Daten des Statistischen Landesamtes aus dem kommunalen Info-Portal in der als **Anlage** beigefügten Übersicht zusammengetragen.

Wir hatten diese Unterzahlungen bereits im Rahmen der Anhörung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gemeindefinanzreformgesetzes in 2010 vorausgesagt und die damalige Änderung kritisch gesehen.

Für eine vertiefte Diskussion stehen wir Ihnen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Leindecker
Landesgeschäftsführer

Anlage

Jahr	Gemeindeanteile an der Einkommensteuer			Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer		
	Vorauszahlung auf Schlussabrechnung zum 15.12.	Gemeindeanteil ESt nach Abrechnung 4. Quartal	Restzahlung zum 01.02.	Vorauszahlung auf Schlussabrechnung zum 15.12.	Gemeindeanteil USt nach Abrechnung 4. Quartal	Restzahlung zum 01.02.
2010	83.992.280,96	91.971.151,52	7.978.870,56	20.404.945,48	22.930.331,22	2.525.385,74
2011	92.047.551,21	103.991.078,36	11.943.527,15	22.493.325,59	23.553.939,24	1.060.613,65
2012	101.924.017,73	114.499.037,22	12.575.019,49	21.446.541,54	23.023.859,51	1.577.317,97
2013	110.980.651,47	118.523.861,13	7.543.209,66	22.628.692,75	22.874.932,42	246.239,67
2014	122.256.111,90	130.301.873,11	8.045.761,21	23.917.361,99	24.317.685,28	400.323,29
2015	132.903.066,29	140.954.742,11	8.051.675,82	29.221.570,31	26.223.934,94	-2.997.635,37
2016	134.584.797,74	147.084.737,53	12.499.939,79	26.344.042,45	27.440.262,15	1.096.219,70
2017	142.971.479,01	155.585.982,33	12.614.503,32	32.957.021,01	34.591.925,56	1.634.904,55